Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Kommunikation BAKOM
Koordinationsstelle Informationsgesellschaft

Ka Schuppisser 31.03.2010

Konzept "Sicherheit und Vertrauen"

zur Sensibilisierung von Bevölkerung und KMU für einen sicherheitsbewussten und rechts-konformen Umgang mit den IKT

Zusammenfassung

Am 5. Dezember 2008 beschloss der Bundesrat verschiedene Massnahmen zur weiteren Umsetzung seiner Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vom Januar 2006. Dazu gehörte auch der Auftrag ans UVEK, unter Beizug von EDÖB, BFK, EDI, EJPD, EVD und EFD bis Ende 2009 ein Konzept zur zielgruppengerechten, niederschwelligen Sensibilisierung der Bevölkerung für einen sicherheitsbewussten und rechtskonformen Umgang mit den Informations- und Kommunikationstech-nologien (IKT) zu erarbeiten.

Zur Erfüllung dieses Auftrages erstellte das BAKOM als federführendes Amt in Zusammenarbeit mit Vertretern aus Bund, Kantonen, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und Forschung ein Konzept, das folgende vier Stossrichtungen umfasst:

- Direkte Wissensvermittlung an die Bevölkerung und die KMU;
- Kompetenzentwicklung bei Zielgruppen-Intermediären;
- Informations-Portal;
- Vernetzung und Koordination von Akteuren.

Kommunikation und Forschung sollen das Erreichen der Konzept-Ziele unterstützen.

Zur Umsetzung des Konzepts werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen. Dazu gehört das zielgruppengerechte Zusammenstellen und Publizieren von Wissen in den Bereichen IT-Security, Daten- und Konsumentenschutz, die Stärkung der Vertrauenswürdigkeit von KMU Online-Angeboten, die Förderung von Medienpädagogik-Kompetenzen bei Lehrpersonen, die Sensibilisierung von Eltern und die Ausbildung von Polizeikräften zu Aspekten der sicherheitsbewussten und rechtskonformen IKT-Nutzung. Eine vertiefte Prüfung der Machbarkeit wird für das Einrichten einer Beratungsstellen-Hotline, wie auch für den Aufbau und Betrieb eines Informations-Portals zum Aufzeigen qualitativ hoch stehender Initiativen vorgeschlagen.

Inhalt

1 Ausgangslage ... 1
1.1 Auftrag des Bundesrats ... 1
1.2 Vorgehen ... 1
2 Konzept "Sicherheit und Vertrauen" im Umgang mit den IKT ... 2
2.1 Situationsanalyse ... 2
2.2 Handlungsbedarf ... 2
2.3 Konzept "Sicherheit und Vertrauen" im Umgang mit den IKT ... 3
2.4 Vorschläge für Massnahmen ... 4
3 Umsetzung ... 7
3.1 Massnahmen, die Prüfaufträge benötigen ... 7
3.2 Massnahmen, die zu klären sind ... 7
3.3 Massnahmen, die zu realisieren sind ... 7
Abkürzungen ... 8
Anhang 1: Massnahmenkatalog ... 9
Anhang 2: Beteiligte Akteure ... 13

1 Ausgangslage

In den letzten Jahren haben die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im privaten, beruflichen und politischen Leben zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Entwicklung der IKT bringt neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen mit sich. Viele davon sind darin begründet, dass Bedürfnisse und Nutzung der Generationen, die mit und die ohne IKT aufgewachsen sind, sich fundamental unterscheiden. So nutzen Jugendliche beispielsweise die IKT oft sehr unbefangen – rechtliche und sicherheitsbezogene Konsequenzen ihres Handelns im Internet bedenken sie dabei häufig nicht. Bei älteren Menschen ist die Situation nicht selten genau umgekehrt: aufgrund ihrer Sicherheitsbedenken verzichten sie völlig auf eine Nutzung der IKT oder ausgewählter Anwendungen. Sicherheit, Cyberkriminalität und Jugendschutz im digitalen Zeitalter sind deshalb Fragen, die auch die Politik beschäftigen, wie eine Vielzahl von parlamentarischen Vorstössen beider Räte in den drei vergangenen Jahren zeigt.

1.1 Auftrag des Bundesrats

Um den oben beschriebenen Herausforderungen zu begegnen hat der Bundesrat im Rahmen der Umsetzung seiner "Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz" am 5. Dezember 2008 dem UVEK unter dem Titel "Sicherheit und Vertrauen" den Auftrag erteilt:
"Das UVEK erarbeitet, unter Beizug von EDÖB, BFK, EDI, EJPD, EVD und EFD bis Ende 2009 ein Konzept zur zielgruppengerechten, niederschwelligen Sensibilisierung der Bevölkerung für einen sicherheitsbewussten und rechtskonformen Umgang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)."

Der Interdepartementale Ausschuss Informationsgesellschaft (IDA IG), der vom Bundesrat mit der Umsetzung der obgenannten Strategie beauftragte ist, ergänzte den Auftrag dahingehend, dass auch die Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) als Zielgruppe betrachtet werden sollen.

1.2 Vorgehen

Die Erarbeitung des Konzepts "Sicherheit und Vertrauen" zur Sensibilisierung von Bevölkerung und KMU für einen sicherheitsbewussten und rechtskonformen Umgang mit den IKT und der Massnahmenvorschläge zu seiner Umsetzung fand 2009 unter der Federführung des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM) in Verantwortung der dort angesiedelten Koordinationsstelle Informationsgesellschaft statt. Aufgrund der bisher kaum vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagen zu Ursachen des fehlenden Vertrauens und zu Erfolgsfaktoren von Umsetzungsmassnahmen wurde ein Vorgehen unter breitem Beizug von Experten aus Praxis und Wissenschaft gewählt. Beteiligt an den Arbeiten waren Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Kantonen, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und Forschung (Anhang 2).

Da sich eine Reihe von Bundesstellen mit dem sicheren und rechtskonformen Umgang mit IKT durch die Bevölkerung oder einzelner Bevölkerungsgruppen befassen, wurde die Konzepterstellung in enger Abstimmung mit den betroffenen Bundesstellen vorgenommen, namentlich mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), welches bei der Ausarbeitung von Präventionsmassnahmen zur Verbesserung des Kinder- und Jugendmedienschutzes federführend ist.

Dabei wurden in einem ersten Schritt die bestehenden in- und ausländischen Initiativen zur Sensibilisierung und Wissensvermittlung von Bevölkerung und KMU im Umgang mit den IKT analysiert und der themen- und zielgruppenspezifische Handlungsbedarf aufzeigt. In einem zweiten Schritt erfolgte darauf basierend die Erstellung des Konzepts "Sicherheit und Vertrauen". In einem dritten Schritt wurden zu jedem der Konzeptbereiche geeignete Umsetzungsmassnahmen vorgeschlagen. Dokumentiert sind diese Arbeiten in einem Grundlagen-Bericht "Sicherheit und Vertrauen" (s. Beilage).

2 Konzept "Sicherheit und Vertrauen" im Umgang mit den IKT

2.1 Situationsanalyse

Die Haupterkenntnisse sind:

- Fehlendes Vertrauen gilt in der gesamten Bevölkerung als einer der Hauptgründe für die immer noch verhältnismässig niedrigen Nutzungsquoten von Online-Diensten der Verwaltung und der Wirtschaft. Um dieses Vertrauen zu stärken, bedarf es der Vermittlung der notwendigen Kompetenzen, der Sicherheit dienender und verlässlicher Technologien, sowie der Schaffung von Transparenz bezüglich Prozessen und Anbietern. Grundsätzlich gilt dabei: Dort, wo Vertrauen gerechtfertigt wäre, ist es sinnvoll, Vertrauen zu wecken. Dort, wo Misstrauen angebracht ist, muss das Risikoverständnis geschärft und zum Umgang mit den bestehenden Gefahren befähigt werden.
- In der Schweiz informieren bereits viele öffentliche und private Stellen sowohl über die Gefahren der IKT-Nutzung als auch über die verhaltensbezogenen und technischen Möglichkeiten, sich vor Missbrauch zu schützen. Die Initiativen umfassen eine Vielzahl von Themenfeldern und richten sich an verschiedene Zielgruppen. Der Schutz vor ungeeigneten und illegalen Inhalten der IKT, wie auch die Sicherheit der Computersysteme sind dabei die primären Themenfelder. Kinder und Jugendliche sind die deutlich am meisten angegangene Zielgruppe. Die Initiativen in der Schweiz unterscheiden sich bezüglich Inhalt und Qualität. Ebenfalls differenzieren sie sich bezüglich der Vertrauenswürdigkeit des Anbieters.
- Auch die Bundesverwaltung ist zurzeit auf diesem Gebiet tätig: Das EDI (BSV) erarbeitet im Auftrag des Bundesrats bis im Sommer 2010 ein Konzept zum Kinder- und Jugendmedienschutz mit Schwerpunkt auf die Mediensozialisation von Kindern, Jugendlichen und ihren erwachsenen Bezugspersonen. Das EJPD (fedpol) verfasst bis im Frühjahr 2010 einen Bericht in Beantwortung des Postulats 08.3050 Schmid-Federer "Schutz vor Cyberbullying". Und das EVD (seco) setzt im Rahmen der 3. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen den Bundesratsauftrag um, die Wirtschaft im digitalen Raum u.a. durch Begleitmassnahmen zur Förderung der IKT zu stärken. Die betreffenden Ämter wurden in die Erarbeitung des vorliegenden Konzepts eingebunden.
- Trotz der vielen Initiativen mit Informationsangeboten ist aber davon auszugehen, dass sich Bevölkerung und KMU der Gefahren und Schutzmöglichkeiten, wie auch der Anlaufstellen für den Schadensfall, grösstenteils zu wenig bewusst sind.

2.2 Handlungsbedarf

Daraus ergibt sich folgender Handlungsbedarf:

- Um eine Verhaltensänderung zu erreichen, so zeigen Initiativen anderer Länder, reicht eine blosse Sensibilisierung nicht; sie muss durch die Vermittlung von konkretem Wissen begleitet werden. Den KMU ist durch die Vermittlung von konkretem Wissen die Gestaltung von sicheren, vertrauenswürdigen und nutzerfreundlichen Online-Angeboten zu ermöglichen, der Bevölkerung ein risikobewusster Umgang mit Online-Gefahren und die Nutzung der IKT zur Gestaltung ihres privaten, beruflichen und politischen Lebens. Handlungsbedarf besteht in folgenden Themenfeldern darin, dieses Wissen in einfach verständlicher und zugänglicher Form aufzubereiten und zielgruppengerecht zu vermitteln:
    - Schutz vor missbräuchlicher Nutzung;
    - Sicherheit von Computersystemen;
    - Schutz vor ungeeigneten und illegalen Inhalten / Kinder- und Jugendschutz;
    - Sicherheit von IKT-basierten Transaktionen (E-Commerce, E-Government, E-Health);
    - Datenschutz und Informationsschutz.

- Handlungsbedarf besteht weiter darin, der Bevölkerung und den KMU das Auffinden der bereits vorhandenen qualitativ hochwertigen und vertrauenswürdigen Informations- und Beratungsangebote zu erleichtern.
- Ebenfalls ist eine vermehrte Zielabstimmung unter den Anbietenden der zahlreichen Initiativen und eine Koordination ihrer Tätigkeiten anzustreben, um in den Bereichen der IKT-Sicherheit und des Daten- und Konsumentenschutzes Synergien zu schaffen und die zur Zeit verstreuten Ressourcen effektiver zu bündeln.
- Aufgeschlüsselt nach Zielgruppen ergibt sich Bedarf zur Wissensvermittlung, Kompetenzbildung oder Vernetzung für
    - Primär-Zielgruppen: Bevölkerung, darunter im Speziellen Kinder, Jugendliche und ältere Menschen, wie auch Führungsverantwortliche und Mitarbeitende von KMU;
    - Intermediär-Zielgruppen: Eltern und erwachsene Bezugspersonen, Lehrpersonen, Schulleitende, Polizeikräfte, Akteure mit Beratungsstellen und weiteren Initiativen im Bereich der IKT-Nutzung.

Der dargestellte themen- und zielgruppenübergreifende Handlungsbedarf verlangt nach weiterführenden, bundesintern und –extern koordinierten Arbeiten, die möglichst zügig an die Hand genommen werden müssen, damit in effizienter Weise gemeinsame Lösungen erarbeitet werden können.

2.3 Konzept "Sicherheit und Vertrauen" im Umgang mit den IKT

Das Konzept "Sicherheit und Vertrauen" erstreckt sich als integriertes Konzept über ein multithematisches Gebiet mit verschiedenen Zielgruppen und Anbietern, verknüpft diese miteinander und stimmt sie aufeinander ab. Es umfasst vier primäre Stossrichtungen, mit denen in Zukunft ein sicherheitsbewusster und rechtskonformer Umgangs mit den IKT bei der Bevölkerung und den KMU erreicht werden soll, wie auch zwei dieses Ziel unterstützende Elemente.

Erstens sollen die Initiativen zur **direkten Wissensvermittlung an die Bevölkerung und die KMU** besser bekannt gemacht und weiter ausgebaut werden;

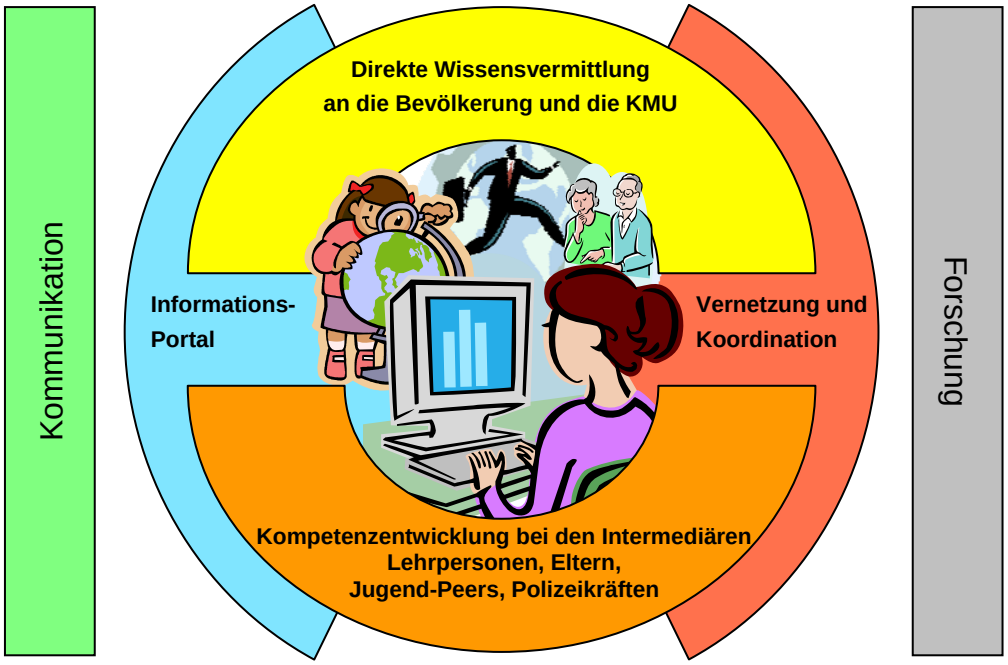
Zweitens ist die **Kompetenzentwicklung bei den Zielgruppen-Intermediären** (Lehrpersonen, Eltern und erwachsenen Bezugspersonen, Jugend-Peers und Polizeikräften) zu fördern;

Drittens soll **ein Informations-Portal** das Auffinden von vorhandenen qualitativ hoch stehenden und vertrauenswürdigen Informations- und Beratungsangeboten sicherstellen;

Viertens sind die **Vernetzung der Akteure und die Koordination ihrer Tätigkeiten** zu verstärken.

Zwei Elemente unterstützen die Konzept-Ziele:

- die **Kommunikation** dient der zielgruppenadäquaten Bekanntmachung der Aktivitäten der vier primären Stossrichtungen;
- die **Forschung** schafft die Basis für politische Entscheide durch Aufbau und Erweiterung der Erhebungen zur IKT-Nutzung und durch die Wirksamkeits-Evaluation von Initiativen.



2.4 Vorschläge für Massnahmen

In enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren wurden im Rahmen der Massnahmenvorschläge die Bedürfnisse abgeklärt, Zuständigkeiten diskutiert, Partnerschaften angebahnt und einige der Umsetzungsarbeiten bereits angestossen. Ein Massnahmenkatalog beschreibt jede der vorgeschlagenen Massnahmen mit Ziel und Inhalt, zeigt die vorgeschlagenen Zuständigkeiten und den Zeitplan auf und gibt Auskunft über den aktuellen Umsetzungsstand (Anhang 1).

Für die verschiedenen Konzeptbereiche werden folgende Massnahmen vorgeschlagen:

2.4.1 "Direkte Wissensvermittlung an die Bevölkerung und die KMU"

Beratungsstellen-Hotline

Vorgeschlagen wird der Aufbau einer Beratungsstellen-Hotline mit zentraler Telefonnummer und E-Mail-Adresse für Fragen zu Sicherheit und Recht im Umgang mit den IKT, in klarer Abgrenzung zum privatwirtschaftlich angebotenen IKT-Support. Ziel dieser Massnahme ist es, einen schnellen, praktischen und präzisen Zugang zu der Vielzahl der bestehenden Beratungsstellen anzubieten. Dazu sollen sich die bereits per Telefon erreichbaren, aber auch weitere interessierte Beratungsstellen vernetzen und so koordinieren, dass ihre Erreichbarkeit durch die Hotline-Nummer für eine Auskunft oder eine Weiterleitung an eine andere Beratungsstelle sichergestellt ist. Die beteiligten Akteure mit Beratungsaktivitäten, EDÖB, KOBIK und das Konsumentenforum, haben ihr Interesse an der Umsetzung dieser Massnahme signalisiert. Dies erfordert eine vertiefte Prüfung der Machbarkeit, die Varianten aufzeigt zu den Finanzierungsmöglichkeiten, der geeigneten Federführung und Kooperationspartnern, den Aufgabenbereichen, zum Betrieb und der Kommunikation der Hotline.

Weitere Massnahmen

Um das Wissen bei Bevölkerung und KMU auszubauen, wird vorgeschlagen, folgende Publikationen zu erstellen: Anweisungen für Eltern zum sicheren Surfen von Kindern im Internet; ein Wegweiser für Konsumentenrechte im digitalen Raum; das Aufzeigen der "Schlimmsten Fälle" der IKT-Gefahren und die jeweiligen Schutzmöglichkeiten; ein Quiz zur IT-Security und Information Assurance.

Konzept "Sicherheit und Vertrauen"

Zur Unterstützung der KMU werden folgende Massnahmen vorgeschlagen: die Förderung der Nutzung digitaler Identitäten; die Entwicklung eines Online-Schulungsmoduls zur Computersicherheit; die Erstellung von Checklisten und Better-Practice Beispielen zur Stärkung der Vertrauenswürdigkeit von KMU Online-Angeboten. Einzelne der Vorschläge sollen nach Möglichkeit im Rahmen der Begleitmassnahmen zur 3. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen realisiert werden, die Vorarbeiten dazu sind zurzeit im Gange.

2.4.2 "Kompetenzentwicklung bei den Zielgruppen-Intermediären"

Vorgeschlagen werden Massnahmen der Medienpädagogik-Weiterbildung und des Erfahrungsaustausches von Lehrpersonen, wie auch der Entscheidunterstützung von Schulleitungen bei der IKT-Integration in die Schulorganisation. Weiter sollen Eltern und erwachsene Bezugspersonen durch gezielte Sensibilisierung und Informationsvermittlung in die Lage versetzt werden, die IKT-Nutzung ihrer Kinder zu verstehen und sie dabei zu begleiten und zu beaufsichtigen. Gleichzeitig soll bei Kindern und Jugendlichen die Wissensvermittlung durch Gleichaltrige gefördert werden. Da im Rahmen des auf Seite 2 genannten Bundesratsauftrag das EDI (BSV) für Massnahmen im Bereich Jugendmedienschutz eine federführende Rolle innehat, werden die Massnahmenvorschläge von der dortigen Arbeitsgruppe aufgenommen, überprüft und konkretisiert.

Auch zur Kompetenzentwicklung von Polizeikräften werden Bildungsmassnahmen vorgeschlagen, damit sie den Bürgerinnen und Bürgern mit sicherheits- und rechtsbezogenen IKT-Anliegen sachdienliche Auskünfte geben und sie an die richtige Stelle verweisen können. Die Erarbeitung von dazu dienendem Grundlagenmaterial für die Aus- und Weiterbildung in den Polizeikorps, wie auch die Aufnahme eines solchen Ausbildungs-Moduls für Polizei-Aspirantinnen und –Aspiranten soll im Rahmen der Arbeiten der KKJPD/SKP erfolgen, wobei eine Unterstützung durch geeignete Partner aus der Bundesverwaltung möglich ist.

2.4.3 "Informations-Portal"

Vorgeschlagen wird der Aufbau eines zentralen Informations-Portals zur zielgruppengerechten Unterstützung der Bevölkerung und der KMU bei der Suche nach vertrauenswürdigem Wissen in den verschiedenen Gebieten der IKT-Nutzung. Dabei sollen bestehende Angebote von hoher Qualität verlinkt und, dort wo diese fehlen, neu erstellt oder erworben werden. Der Blick ins Ausland zeigt, dass dort solche Portale vielfach von öffentlichen und privaten Partnern gemeinsam betrieben werden. Inhaltlich bieten sich in der Bundesverwaltung zum heutigen Zeitpunkt bereits einige Informationen für ein solches Portal an, so etwa vom SECO (KMU-Portal), von KOBIK, von MELANI, vom EDÖB und vom BFK. Weitere Inhalte werden vom Schweizerischen Bildungsserver "educa.ch" angeboten, einem von Bund (BBT) und Kantonen (EDK) gemeinsam getragenen Portal.

Die wirksame Umsetzung dieser Massnahmen setzt eine federführende Bundesstelle sowie ausreichende Ressourcenausstattung voraus. Anzumerken ist, dass der Mittelbedarf deutlich geringer gehalten werden könnte, wenn eine bereits mit der Erstellung und Pflege von Online-Inhalten befasste Organisationseinheit die Federführung zur Umsetzung dieser Massnahme übernähme. Vorgeschlagen wird eine vertiefte Prüfung durch einen Variantenentwurf zu Machbarkeit, Finanzierungsmöglichkeiten und geeigneter Federführung ist hierzu erforderlich. Dieser soll auch die Inhalte, den Betrieb und die Kommunikation des Informations-Portals enthalten.

2.4.4 "Vernetzung der Akteure und Koordination ihrer Tätigkeiten"

Zur Unterstützung einiger der bereits vorgeschlagenen Massnahmen sollen öffentliche und private Akteure mit Initiativen im Bereich der Sensibilisierung und Wissensvermittlung für die IKT-Nutzung vernetzt werden. Ziel ist, zusammen neue Ideen zu entwickeln, Synergien zu schaffen, Ressourcen zu bündeln, Angebote zu koordinieren und besser bekannt zu machen. Ebenfalls sollen bestehende Beratungsstellen vernetzt werden, um gemeinsam den Aufbau und Betrieb einer Beratungsstellen-Hotline, so wie eines Instruments des Wissensmanagements anzugehen.

2.4.5 "Kommunikation" und "Forschung"

Im Konzept wird die Zielerreichung durch Massnahmenvorschlägen in den zwei begleitenden Bereichen "Kommunikation" und "Forschung" unterstützt:

Vorgeschlagen wird, dass die Bekanntmachung der einzelnen hier vorgeschlagenen Massnahmen im Rahmen ihrer jeweiligen Umsetzung erfolgt, aber durch zwei übergeordnete Kommunikationsmassnahmen (Medienarbeit, Durchführung eines "Tags der Medienkompetenz") begleitet werden.

In der Forschung werden einerseits Massnahmen zum Aufbau und zur Erweiterung der Grundlagenforschung zur IKT- Nutzung verschiedener Zielgruppen vorgeschlagen, speziell von Kindern und Jugendlichen. Andererseits soll die Wirksamkeit von ausgewählten Initiativen evaluiert werden, die sich mit der Sensibilisierung, der Wissensvermittlung und dem Schutz vor Gefahren im IKT-Bereich befassen. Diese Massnahmen sollen im Rahmen der laufenden Arbeiten des BFS, wie auch der Tätigkeiten des BAKOM in den Bereichen von Informationsgesellschaft und Medien stattfinden, in Zusammenarbeit mit den jeweils relevanten bundesinternen und –externen Partnern.

3 Umsetzung

Auf Basis des oben dargestellten Konzepts wird vorgeschlagen, die eingeleiteten Arbeiten zur Erhöhung von Sicherheit und Vertrauen im Umgang mit den IKT für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie Informationsgesellschaft des Bundesrates weiterzuführen, indem der **Massnahmenkatalog** (Anhang 1) folgendermassen umgesetzt wird:

3.1 Massnahmen, die Prüfaufträge benötigen

Eine vertiefte Prüfung der folgenden Massnahmenvorschläge (s. Anhang 1, Massnahmen mit Stand "A") soll im Rahmen je eines Prüfungsauftrags anzugehen werden:

1. Machbarkeit einer **Beratungsstellen-Hotline** für Fragen zu Sicherheit und Recht im Umgang mit den IKT durch Aufzeigen verschiedenen Varianten zu Finanzierungsmöglichkeiten und geeigneter Federführung und Kooperationspartnern, wie auch Aufgabenbereich, Betrieb und Kommunikation. Die Ergebnisse dieses Prüfauftrags sollen in Verantwortung des UVEK (BAKOM), unter Zusammenarbeit mit dem EJPD (KOBIK) und den Konsumentenorganisationen bis Ende 2011 vorliegen.

2. Machbarkeit eines zentralen **Informations-Portals** als zentralen Einstieg für das Auffinden qualitativ hoch stehender Informationsangebote zum sicherheitsbewussten und rechtskonformen Umgang mit den IKT. Der Variantenentwurf soll die Möglichkeiten der Finanzierung und der geeigneten Federführung und Kooperationspartnern enthalten, wie auch zu Inhalt, Betrieb und Kommunikation des Informations-Portals Auskunft geben. Die Ergebnisse dieses Prüfauftrags sollen in Verantwortung des UVEK (BAKOM), unter Beizug von BK (ch.ch), EJPD (KOBIK), VBS (MELANI) und educa.ch (im Auftrag von BBT und EDK) bis Ende 2011 vorliegen.

3.2 Massnahmen, die zu klären sind

Die Vorhaben, bei denen die Abklärung zur Federführung und Finanzierung im Zuge der Erstellung des Massnahmenkataloges noch im Gange ist (s. Anhang 1, Massnahmen mit Stand "B"), sind durch das UVEK (BAKOM) weiter zu klären und nach Vorliegen der Abklärungsergebnisse im Rahmen der Möglichkeiten zu realisieren.

3.3 Massnahmen, die zu realisieren sind

Die Vorhaben mit bereits geklärter Federführung und Finanzierung (s. Anhang 1, Massnahmen mit Stand "C") sind zu realisieren.

Die Zuständigkeiten und Federführung innerhalb der Bundesverwaltung für die einzelnen dargestellten Projekte, wie z.B. Jugendmedienschutz, werden durch die Umsetzungsarbeiten der hier vorgeschlagenen Massnahmen nicht in Frage gestellt und sind grundsätzlich beizubehalten. Die Koordination mit dem für die Umsetzung der bundesrätlichen Strategie Informationsgesellschaft beauftragtet Interdepartementalen Ausschusses Informationsgesellschaft (IDA IG) ist jedoch durch die jeweiligen Projektverantwortlichen sicherzustellen.

Beilage: Sicherheit und Vertrauen. Grundlagen-Bericht zur Sensibilisierung der Bevölkerung und der KMU für einen sicherheitsbewussten und rechtskonformen Umgang mit den IKT, Dezember 2009.

Abkürzungen

asut	Schweizerischer Verband der Telekommunikation
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
BFK	Eidgenössisches Büro für Konsumentenfragen
BFS	Bundesamt für Statistik
BJ	Bundesamt für Justiz
BK	Bundeskanzlei
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BWL	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
DAP	Dienst für Analyse und Prävention
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EDÖB	Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter
educa.ch	Schweizerischer Bildungsserver
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
fedpol	Bundesamt für Polizei
IDA IG	Interdepartementaler Ausschuss Informationsgesellschaft
IGE	Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
ISB	Informatikstrategieorgan Bund
IT	Informationstechnologie
kf	Konsumentenforum
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KOBIK	Schweizerische Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität
MELANI	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SKP	Geschäftsstelle Schweizerische Kriminalprävention
SSR	Schweizerischer Seniorenrat
SSV	Schweizerischer Städteverband
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Anhang 1: Massnahmenkatalog

Stand: A vertiefter Klärungsbedarf zu Federführung und Finanzierung notwendig
B Abklärungen zu Federführung und Finanzierung durch UVEK (BAKOM) im Gange
C Federführung und Finanzierung geklärt

Stand	***Ziele***	***Aktionen***	***Aufträge / Projekte***	***Federführung***	***Mitwirkende***	***Zeit-plan***
Direkte Wissensvermittlung an die Bevölkerung und die KMU						
A	Beratung von Personen mit Informationsbedarf für Fragen zu Sicherheit und Recht im Umgang mit den IKT und deren Weitervermittlung an die kompetente Stelle	Vertiefte Prüfung zu Aufbau und Betrieb einer Beratungsstellen-Hotline für Fragen zu Sicherheit und Recht im Umgang mit den IKT	Erarbeitung eines Variantenentwurfs für die Vernetzung bestehender Beratungsstellen und den Hotline-Betrieb, inkl. Finanzierung, Federführung und Kommunikation	UVEK (BAKOM)	EJPD (KOBIK), Konsumentenforum	2011
B	Sensibilisierung und Wissensvermittlung für KMU und Bevölkerung zu IT-Security und Information Assurance	Erstellung eines Wissensquiz' zu IT-Security und Information Assurance	Erstellung eines Konzepts und Auftragserteilung an Dritte	UVEK (BAKOM)	Verein InfoSurance	2010
B	Schulung der Arbeitnehmenden in KMU zu sicherheitsbewusstem Umgang mit IKT	Erstellung eines Online-Schulungsmoduls zur Computersicherheit	Erstellung eines Konzepts und Auftragserteilung an Dritte	UVEK (BAKOM)	Verein InfoSurance	2010
B	Verbesserung des Informationsstands in KMU zu Bestimmungen bzgl. Daten- und Informationsschutz	Publikation eines Wegweisers für Daten- und Informationsschutz im digitalen Raum	Erstellung eines Konzepts und Auftragserteilung an Dritte	UVEK (BAKOM)	EDÖB, EFD (ISB)	2010
B	Unterstützung der KMU bei der Verbesserung der Sicherheit, Vertrauenswürdigkeit und Benutzerfreundlichkeit ihrer Online-Angebote	Entwicklung von Checklisten und Better-Practice Beispielen für KMU	Erstellung eines Konzepts und Auftragserteilung an Dritte	UVEK (BAKOM)	Verein InfoSurance, u.a.	2010
C	Hilfe zur Selbsthilfe für Konsumentinnen und Konsumenten im digitalen Raum	Publikation Wegweiser für Konsumentenrechte (vgl. eYouGuide)	Umsetzung des Konzepts	EVD (BFK und SECO)	Konsumenten-organisationen	2010
C	Sensibilisieren der Bevölkerung für die Gefahren unvorsichtiger IKT-Nutzung	Publikation "Die schlimmsten Fälle" mit Hinweis auf jeweilige Schutzmöglichkeiten	Sammeln der einschlägigen "schlimmsten Fälle" in verschiedenen Themenfeldern und Vorbereitung der Publikation	UVEK (BAKOM)	EJPD (KOBIK), EDÖB, kantonale Datenschützer, MELANI, SECO, BFK, Konsumenten- und Kinderschutzorganisationen, u.a.	2010

C	Sensibilisierung und Wissensvermittlung für Kinder/Jugendliche und ihre erwachsenen Bezugspersonen, speziell auch für Eltern mit Migrationshintergrund	Publikation Flyer "Kinder im Internet" in 14 Sprachen	Zusammenstellen eines Flyers auf einer A4-Seite, Übersetzung in 14 Sprachen	UVEK (BAKOM)	Kinderschutz- und Elternorganisationen	2010
C	Förderung von sicheren Online-Transaktionen	Förderung der Nutzung Digitaler Identitäten durch KMU	Einführung und Ausbau der SuisseID; Auf- und Ausbau von Anwendungen zur SuisseID	EVD (SECO)	EFD (ISB), Privatwirtschaft	2010
Kompetenzentwicklung bei Zielgruppen-Intermediären						
B	Unterstützung von Schulleitungen bei der Integration der IKT in die Schulorganisation durch Information und Beratung	Es gilt zu prüfen, inwiefern die von educa.ch im Auftrag von EDK und EVD (BBT) bereits heute erbrachten Informations- und Beratungsdienstleistungen zu ergänzen sind. Der Ausbau von Massnahmen in diesem Bereich muss von Bund (BBT) und Kantonen (EDK) gemeinsam befürwortet und getragen werden und educa.ch mit der Ausarbeitung und Umsetzung beauftragt werden. Die Ausarbeitung von konkreten Massnahmen liegt dann in der Federführung von educa.ch, im Auftrag der EDK und des BBT und in Zusammenarbeit mit weiteren geeigneten Kooperationspartnern.				2011
B	Austausch unter Lehrpersonen zu Erfahrungen mit Medienpädagogik und dem Einsatz von IKT im Unterricht	Es gilt zu prüfen, inwiefern die von educa.ch im Auftrag von EDK und EVD (BBT) bereits heute erbrachten Dienstleistungen zu ergänzen sind. Der Ausbau von Massnahmen in diesem Bereich muss von Bund (BBT) und Kantonen (EDK) gemeinsam befürwortet und getragen werden und educa.ch mit der Ausarbeitung und Umsetzung beauftragt werden. Die Ausarbeitung von konkreten Massnahmen liegt dann in der Federführung von educa.ch, im Auftrag der EDK und des BBT und in Zusammenarbeit mit weiteren geeigneten Kooperationspartnern, u.a. auch mit dem EDI (BSV).				2011
B	Sensibilisierung und Informationsvermittlung für Eltern und erwachsene Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen	Die Ausarbeitung von konkreten Präventionsmassnahmen liegt in der Federführung des EDI (BSV). Dem Bundesrat wird ein entsprechender Antrag im Sommer 2010 unterbreitet.				2011
B	Risikoreiches Verhalten von Kindern und Jugendlichen durch Peer-to-Peer Ansatz vermindern	Die Ausarbeitung von konkreten Präventionsmassnahmen liegt in der Federführung des EDI (BSV). Dem Bundesrat wird ein entsprechender Antrag im Sommer 2010 unterbreitet.				2011
C	Unterstützung der Polizeikorps bei Beantwortung von IKT-Anfragen aus der Bevölkerung	Erarbeitung und Verbreitung von Material für die Aus- und Weiterbildung der Polizeikorps	Erarbeitung eines Konzepts für Inhalte und Verteilung des Aus- und Weiterbildungsmaterials	KKJPD (SKP)	EJPD (KOBIK), UVEK (BAKOM)	2010
C	Aufbau von Medienkompetenz in der Bevölkerung über die schulische Bildung durch Förderung der Medienpädagogik-Weiterbildung von Lehrpersonen	Aufbau eines Instruments zur zielgerichteten Suche nach Weiterbildungsangeboten in Medienpädagogik und weiteren Bereichen für Lehrpersonen	Bedarfsanalyse, Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts zur Suche nach Weiterbildungsangeboten für Lehrpersonen	educa.ch (im Auftrag von EDK und BBT)	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB, u.a.	2011
C	Vermittlung von Grundkenntnissen für Polizeiaspirantinnen und -aspiranten zur besseren Wahrnehmung der Rechte der Bevölkerung	Ausbildungsmodul in Lehrplänen für Polizeiaspirantinnen und -aspiranten	Entwicklung und Implementierung des Ausbildungsmoduls	KKJPD (SKP)	EJPD (KOBIK), UVEK (BAKOM)	2011

Konzept "Sicherheit und Vertrauen"

Informations-Portal						
A	Schnelle Übersicht über qualitativ hoch stehende Informationsangebote zu Fragen bzgl. IKT und Sicherheit für Bevölkerung und KMU	Vertiefte Prüfung der Schaffung und des Betriebs eines zentralen Online-Einstiegs für Informationsangebote zu Fragen bzgl. IKT und Sicherheit	Erarbeitung eines Variantenentwurfs zu Finanzierung und Federführung, Inhalt, Aufbau, Betrieb und Kommunikation	UVEK (BAKOM)	BK (ch.ch), EJPD (KOBIK), VBS (MELANI), educa.ch (im Auftrag von EDK und BBT)	2011
Vernetzung und Koordination der Akteure						
C	Synergien schaffen und Ressourcen bündeln für die Sensibilisierung und Wissensvermittlung zu IKT-Sicherheit, Daten- und Konsumentenschutz	Vernetzung und Koordination der Akteure mit Beratungsstellen und weiteren Initiativen im Bereich IKT-Sicherheit, Daten- und Konsumentenschutz	Organisation von Vernetzungsmöglichkeiten (Anlässe etc.)	UVEK (BAKOM)	EDI (BSV)	2010
Kommunikation						
B	Bekannt machen von Initiativen zur Sensibilisierung und zur Wissensvermittlung	Durchführung "Tag der Medienkompetenz" mit Informationsveranstaltungen und Kursen	Abklärung konkreter Bedürfnisse, Vernetzung und Koordination interessierter Akteure, Kommunikationsplanung, Durchführung	Co-FF: UVEK (BAKOM) und EDI (BSV)	EVD (SECO, KMU-Portal), Verein InfoSurance, EJPD (KOBIK), VBS (MELANI), EDÖB, Konsumentenorganisationen, Kinderschutzorganisationen, u.a.	2011
B	Sensibilisierung von Zielgruppen durch Medienarbeit	Bereitstellung von Informationen für die gezielte Platzierung von Botschaften und die Herstellung von Medienerzeugnissen im Bereich "Sicherheit und Vertrauen im Umgang mit den IKT"	Abklärung Inhalte, Zusammenstellen von Material und Erarbeitung eines Verbreitungs-Konzepts	UVEK (BAKOM)	Verschiedene je nach Themenfeld	2011

Forschung						
B	Erhebung der Wirksamkeit von Initiativen als Grundlage für die Gestaltung neuer Vorhaben	Wirksamkeitsevaluation bestehender Initiativen	Abklärung konkreter Bedürfnisse, Erstellung Analysekonzept und Auftragserteilung an Dritte	UVEK (BAKOM)	wissenschaftliche Institutionen	2011
C	Erfassung Auswirkungen neuer IKT-Entwicklungen auf Verhalten von Kindern und Jugendlichen als Basis für politische Entscheide	Erforschung der IKT-Nutzung von Kindern und Jugendlichen bis 14 Jahre	Erstellung Forschungskonzept und Auftragserteilung an Dritte	UVEK (BAKOM)	wissenschaftliche Institutionen	2010
C	Verfolgung der Auswirkungen der IKT auf gesellschaftliche Bereiche als Basis für politische Entscheide	Grundlagenforschung im Bereich IKT-Nutzung in der Bevölkerung	Weiterführung der Informationsgesellschafts-Indikatoren	EDI (BFS)	UVEK (BAKOM)	2011

Anhang 2: Beteiligte Akteure

Kernteam „Sicherheit und Vertrauen“

Ka Schuppisser (UVEK, BAKOM, Koordinationsstelle Informationsgesellschaft, Projektleitung), Sabine Brenner (UVEK, BAKOM, Koordinationsstelle Informationsgesellschaft), Charlotte Sgier de Cerf (UVEK, BAKOM, Koordinationsstelle Informationsgesellschaft), Michael Scherer (UVEK, BAKOM, Koordinationsstelle Informationsgesellschaft), Jens Kaessner (UVEK, BAKOM, TC-Recht), Franz Zingg (EFD, ISB, Informationssicherheit).

Begleitgruppe „Sicherheit und Vertrauen“

Philippe Barman (EVD, SECO, Recht), Martin Boess (KKJPD, Schweizerische Kriminalprävention SKP), Tobias Bolliger (EJPD, fedpol, KOBIK), Christian Grasser (Schweizerischer Verband der Telekommunikation asut), Adrian Koster (VBS, DAP, MELANI), Peter Lehmann (EVD, BWL, ICT-I), Benno Maurer (EVD, BFK, Produktesicherheit), Samuel Mumenthaler (UVEK, BAKOM, RTV-Recht), Marc-Frédéric Schäfer (EDÖB, Einheit 1), Adrian Schmid (GS eHealth Bund-Kantone), Thomas Schneider (UVEK, BAKOM, Dienst Internationales), Iris Sidler (IGE, STOP PIRACY), Rudolf K. Spiess (Schweizerischer Städteverband SSV), Muriel Uebelhart (Konsumentenforum kf), Thomas Vollmer (EDI, BSV, Bereich Kinder-, Jugend- und Altersfragen), Karl Wimmer (educa.ch).

Expertengesprächs-Runden

1. Expertengespräch (Mai 2009):
Serge Droz (SWITCH-CERT), Peter Fischer (EFD, ISB), Prof. Heinz Gutscher (Universität Zürich, Psychologisches Institut), Michael In Albon, (Swisscom, Schulservices), David Rosenthal (Konsulent bei Homburger Rechtsanwälte), Wolfgang Sidler (Verein InfoSurance).

2. Expertengespräch (September 2009):
Peter Seiler (Schweizerischer Seniorenrat SSR), Peter Suter (Pädagogische Hochschule Zürich PHZH, Unterrichtsprozesse und Medienpädagogik), Ronja Tschümperlin (Kinderschutz Schweiz, ECPAT).

3. Expertengespräch (Oktober 2009):
Martin Boess (KKJPD, Schweizerische Kriminalprävention SKP), Albert Gemperle (EDI, BAG, Kampagnen), Christian Grasser (Schweizerischer Verband der Telekommunikation asut), Adrian Koster (VBS, DAP, MELANI), Wolfgang Sidler (Verein InfoSurance), Thomas Vollmer (EDI, BSV, Bereich Kinder-, Jugend- und Altersfragen), Karl Wimmer (educa.ch, Berufsbildung).

Wissenschaftliche Begleitung

Prof. Dr. Heinz Gutscher, Universität Zürich, Psychologisches Institut, Sozialpsychologie, "Mechanismen der Vertrauensbildung" (Beilage zum Grundlagen-Bericht "Sicherheit und Vertrauen").